

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)

Hilfeersuchen bei Abschiebungen an die Bundespolizei – Nachfrage

Die Bundespolizei wurde in der Vergangenheit mehrmals von den Bundesländern kritisiert, dass sie nicht genügend Personal für Abschiebungen vorhalten würde, obwohl die Bundesländer Abschiebungen auch selbst durchführen könnten. So setzt der Freistaat Bayern die „Polizeiinspektion Schubwesen“ eigens für Abschiebungen ein. Auch das Land Nordrhein-Westfalen verfügt über eigene Bedienstete für die Rückführung von vollziehbar ausreisepflichtigen Personen. Ausweislich des Ausländerzentralregisters hielten sich in Rheinland-Pfalz zum Stichtag 31. Mai 2019 insgesamt 7 805 vollziehbar ausreisepflichtige Personen auf.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Rückführungsersuchen haben die Ausländerbehörden der Stadtverwaltung Koblenz und der Kreisverwaltung Rhein-Lahn bei angesichts von 337 bzw. 251 vollziehbar ausreisepflichtige Personen in den Jahren 2018 und 2019 an die Bundespolizei gerichtet?
2. Warum vollziehen die Ausländerbehörden der Stadtverwaltung Koblenz und der Kreisverwaltung Rhein-Lahn bei angesichts von 337 bzw. 251 vollziehbar ausreisepflichtige Personen nicht Abschiebungen mit eigenem Vollzugspersonal?
3. Warum hat das Land Rheinland-Pfalz mit keiner Fluggesellschaft Verträge über Abschiebemaßnahmen abgeschlossen, wie z. B. der Freistaat Bayern dies bereits getan hat?
4. Warum setzt die Landesregierung bei der Abschiebung nicht auf private Sicherheitsbegleiter?
5. Wird die Landesregierung mit dem Bundesinnenministerium eine Vereinbarung über effektivere Formen der Zusammenarbeit bei Rückführungen von ausreisepflichtige Personen, wie es das sächsische Innenministerium gemacht hat, abschließen? Wenn nein, warum nicht?
6. Wird die Landesregierung mit dem Bundesinnenministerium eine Vereinbarung über den Aufbau einer strategischen Trainings- und Fortbildungskooperation einschließlich der gemeinsamen Nutzung von Fortbildungseinrichtungen der Bundes- und Landespolizei in Rheinland-Pfalz, wie es das sächsische Innenministerium bereits gemacht hat, abschließen?
7. Wie steht die Landesregierung zu der Anregung, künftig die hoheitlichen Luftsicherheitskontrollen an den Flughäfen in Rheinland-Pfalz wie am Beispiel der staatlichen Sicherheitsgesellschaft SGM am Flughafen München zu organisieren?

Matthias Lammert